

## BALD KEIN GELD MEHR

# Wohnbauförderung vor dem Kollaps?

Dem Land droht das Geld für die Wohnbauförderung auszugehen. Die Konsequenz: Weniger Wohnbau, höhere Mieten.

Wenn nicht rasch gegen-gesteuert wird, droht der „Wohnbauförderung in der Steiermark der Kollaps. Das aktuelle Landesbudget trägt zu einer weiteren Verschärfung der Lage bei“, warnt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger.

Hintergrund der Bedenken ist die vor 13 Jahren erfolgte Umstellung der Finanzierung von Landesdarlehen für private Wohnbaukredite. Vor diesem Zeitpunkt erhielten Wohnungswerber direkte Darlehen vom Land, die auch ans Land zurückgezahlt wurden. Seit 1993 erhalten Häusl-

finanziert – letztere gehen nun allerdings an die Geldinstitute. Und im Budget 2006 zieht man unter dem Titel „Auflösung von Gebührstellungen“ neuerlich Geld aus dem Wohnbauressort ab.

### Alarmsignale

Ernest Kaltenegger: „Als Konsequenz aus dieser verfehlten Politik drohen für die Zukunft erhebliche Einschränkungen beim geförderten Wohnungsneubau und bei der Förderung von umfassenden Sanierungen. Werden keine erschwinglichen, geförderten Neubau-



Eine Verschärfung der Probleme droht im sozialen Wohnbau wenn das Land weitermacht wie bisher.

bauer hingegen öffentliche Zuschüsse für einen privaten Bankkredit. Dadurch ist das Land langfristige Verpflichtungen eingegangen, die nun zum Nachteil gereichen.

Aktuell betragen die Verpflichtungen des Landes aus der Wohnbauförderung ca. 2,1 Milliarden Euro. Dazu kommen noch 1,8 Milliarden Euro, die wegen des Verkaufs von offenen Darlehen an die Banken gezahlt werden müssen.

Bisher wurde die Wohnbauförderung mit Bundesmitteln und Rückflüssen aus gewährten Darlehen

wohnungen mehr errichtet, folgt daraus unweigerlich eine Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt, die letztendlich für alle zu höheren Mieten führen wird.“

Wie groß die Nachfrage nach Sozialwohnungen ist, erkennt man an der Tatsache, dass es in der Landeshauptstadt Graz mittlerweile mehr als 1.600 vorgemerkte Wohnungssuchende gibt. „Ein Großteil dieser Suchenden hat aus finanziellen Gründen auf dem sogenannten ‚freien Markt‘ keine Chance“, warnt Kaltenegger.

## KOMMENTAR

### Für ein anderes Budget!

Von LAbg. Werner Murgg



In der jüngsten Landtags-sitzung wurde der Budgetvoranschlag für 2006 beschlossen. Die KPO hat den Entwurf abgelehnt. Für die meisten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist das Budget lediglich ein abstraktes Zahlenwerk. Nichts desto trotz ist es die in Zahlen gegossene Landespolitik. Es spiegelt wider wofür das Geld ausgegeben und wie es aufgebracht wird. Schauen wir uns das Budget einmal genauer an: Die Steiermark ist hoch verschuldet. Das laufende Defizit drohte aus dem Ruder zu laufen. Finanzlandesrat Buchmann verordnete der Steiermark einen rigorosen Sparkurs. Gespart wird aber in erster Linie nicht dort, wo man tatsächlich Einsparungen setzen könnte: bei Herberstein ist man nach wie vor großzügig und stellt schon wieder 450.000 Euro zur Verfügung, Profifußballklubs werden mit Haftungsübernahmen in Millionenhöhe verwöhnt, die Eventpolitik der Klasnic-Ära wird auch vom neuen Landeshauptmann fortgesetzt. So wurden allein für zwei Eröffnungen jüngst mehr als 200.000 Euro ausgegeben. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung werden Investitionen multinationaler Konzerne bereits mit bis zu 30 Prozent der Investitionssumme von der öffentlichen Hand gefördert. Das verstehen immer weniger Steirerinnen und Steirer. Gleichzeitig hat Landesrat Buchmann mehrere gefährliche Drohungen parat. Die Landespflegeheime sollen ausgeliebert und der KAGES unterstellt werden, ebenso ist beim Straßenerhaltungsdienst an eine Ausgliederung gedacht. Man muss keine große prophetische Gabe besitzen, um vorherzusagen, auf wessen Kosten diese Ausgliederungen gehen werden. Es werden hauptsächlich die Beschäftigten sein, die die Zeche bezahlen müssen. Das Wachs-

tumsbudget des Landes wird allein durch Immobilienverkäufe an die Landesimmobiliengesellschaft finanziert. Das Defizit wird durch eine teilweise Umwidmung der Wohnbauförderungsgelder verringert. Immer mehr Menschen fragen sich zu Recht: Warum haben die öffentlichen Haushalte im siebentreichsten Land der Welt immer weniger Geld? Warum müssen wir angeblich von einem Sparkurs zum nächsten planen, obwohl der Reichtum explodiert und die Produktivität in den Betrieben Rekordhöhen erreicht? Glaubt man der Nationalbankstatistik, ist das Geldvermögen in Österreich auf unglaubliche 356 Milliarden Euro – fast 5 Billionen Schilling – angewachsen. Ein Prozent der Bevölkerung besitzen davon ein Drittel! Hier, in der ungerechten Verteilung des Reichtums und in der verkehrten Aufbringung der Steuerlasten, liegen die Ursachen der Budgetnöte der öffentlichen Haushalte! Deshalb müssen wir endlich wegkommen von einer ausgabenseitigen Sanierung des Budgets, hin zu einer einnahmenseitigen Budgetsanierung. Um die von der öffentlichen Hand im Sinne der Mehrheit unserer Bevölkerung getätigten Leistungen – Kindergärten, Lehrer, Wohnbeihilfe, öffentlicher Verkehr, Spitäler etc. – auf Dauer und ohne Leistungsabstriche finanzieren zu können, wird man neue Einnahmen erschließen müssen. Einnahmen nicht aus Massensteuern, welche wieder die große Mehrheit der Bevölkerung belasten, sondern Einnahmen, die sich aus dem immensen Reichtum und den explodierenden Gewinnen der Konzerne speisen. Für diese Budgetsanierung wäre die KPÖ zu haben. Alles andere bedeutet Sparen auf Kosten der Allgemeinheit. Dafür sind wir nicht zu haben!